

HEYNE <

Der Autor

Hans Herbert von Arnim, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler, früherer Rektor der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Verfassungsrichter in Brandenburg, hat als einer der Ersten Machtmissbrauch, Inkompetenz und Opportunismus in den politischen Parteien angeprangert. Der Autor zahlreicher Bestseller, u.a. »Staat ohne Diener«, »Fetter Bauch regiert nicht gern«, »Die Deutschlandakte«, »Die Selbstbediener« und »Die Hebel der Macht und wer sie bedient«, gehört zu den versiertesten Kennern unserer Wahlsysteme und Parteienstrukturen.

HANS HERBERT
VON ARNIM

DER GRIFF IN DIE
KASSE

Wie das Abgeordnetenhaus von Berlin
seine Bezüge maßlos erhöht –
und wie die Selbstbereicherung
noch gestoppt werden kann

Ein Stück aus dem Tollhaus

WILHELM HEYNE VERLAG
MÜNCHEN

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich
auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

Originalausgabe 04/2020

Copyright © 2020 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,

Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie, Zürich

Satz: Satzwerk Huber, Germering

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN: 978-3-453-60568-8

www.heyne.de

Inhalt

Vorbemerkung:

Ein kaum beachteter Coup	11
--------------------------------	----

1. Das Landesparlament ist viel zu groß 13

Parlamentarier, demonstriert Handlungs- fähigkeit!	13
---	----

Wie viele Bürger vertritt ein Abgeordneter?	14
---	----

Sind mehr Abgeordnete gleichbedeutend mit mehr Demokratie?	18
---	----

Illegitime Abgeordnete?	20
-------------------------------	----

2. Massive Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung 22

Rechtswidrig: Gesetzentwurf ohne Begründung	23
--	----

Rechtfertigungsversuche gescheitert	25
---	----

<i>Irreführend: Durchschnittliche Entschädigung in den Ländern als Maßstab</i>	25
--	----

<i>Vorzeitiges Inkrafttreten der Neuregelung</i>	28
<i>Durch verlängerte Sitzungszeiten</i>	
<i>gerechtfertigt?</i>	30
<i>Vordergründige Rechtfertigungsversuche</i>	31
 3. Vorsatz und Begierde:	
Die »Betreiber« des Gesetzes	34
 Denn sie wussten, was sie tun:	
Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische	
Geschäftsführer	34
»Missbrauch um finanzieller Vorteile willen«	36
 4. Die finanziellen Auswirkungen	
der Neuregelung	37
 Das Gehalt der Abgeordneten:	
die Entschädigung	37
Das Übergangsgeld	37
<i>Abgeordnete</i>	37
<i>Präsident und Vizepräsidenten</i>	38
Die Altersentschädigung	39
Mehrfach privilegiert: ehemalige Senatoren	
im Abgeordnetenhaus	40
Gewaltenteilung ade?	43
<i>Senatsmitglieder sollten ihr Abgeordneten-</i>	
<i>mandat niederlegen</i>	43

Was geboten wäre: Streichung oder Kürzung der Abgeordnetenentschädigung samt Versorgung	44
Zusatzgehalt Funktionszulagen	45
Die rückwirkende Erhöhung der Versorgung:	
völlig unangemessen und verfassungswidrig	48
Übergangsgeld	48
Altersentschädigung	48
Grob unangemessen und verfassungswidrig	51
Widerspruch zum Parteiprogramm	53
 5. Wer erhält wie viel? – Musterrechnungen	 54
Der Präsident des Abgeordnetenhauses und seine Stellvertreterinnen	54
Ralf Wieland	54
Die Vizepräsidentinnen	58
Senatsmitglieder im Abgeordnetenhaus	59
Michael Müller, Regierender Bürgermeister	59
Bürgermeisterin und Senatorin	61
Die Vorsitzenden der Fraktion Die Linke	61
Udo Wolf	61
Carola Bluhm	63
Weitere Fälle	63
Ulker Radziwill (SPD)	63
Karin Halsch (SPD)	64
Frank Henkel (CDU), ehemaliger Bürgermeister ..	64

6. Ein Mehrwert von zig Millionen für 160 Abgeordnete	66
Mehr an Entschädigung allein in der laufenden Wahlperiode: 7,7 Millionen Euro	67
Mehr an Übergangsgeld: 3,7 Millionen Euro	67
Mehrwert der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenanwartschaft der 160 Abgeordneten: 40 Millionen Euro	67
 7. »Ein Stück aus dem Tollhaus«	 69
 8. Entscheidungen in eigener Sache	 72
Kontrollen sind unerlässlich	72
Ausschaltung der Kontrollen	75
Ausschaltung der Öffentlichkeit	77
<i>Irreführung durch Verlagerung der Diskussion</i>	<i>79</i>
 9. Abhilfe durch direkte Demokratie?	 82
Mitentscheidung durch die Vertretenen als Alternative zur Selbstbewilligung der Vertreter	82
Direkte Demokratie in Berlin	84

10. Zusammenfassung	87
----------------------------------	-----------

Anhang

Tabelle 1:	
Einwohner pro Abgeordnete in den Ländern	98
Tabelle 2:	
Entschädigung der Abgeordneten in den Landesparlamenten	99
Tabelle 3:	
Statistische Lebenserwartung	100
Tabelle 4:	
Übergangsgeld	101
Tabelle 5:	
Wertsteigerung der Altersentschädigung	102
Tabelle 6:	
Auswirkung der Rückwirkung auf die Alters- entschädigung	103
Anlage 7:	
Namentliche Abstimmung vom 26.9.2019 über das neue Abgeordnetengesetz	104
Anmerkungen	106

Vorbemerkung:¹

Ein kaum beachteter Coup

Am 26. September 2019 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin auf Initiative von fünf Fraktionen (SPD, Grüne, Linke, CDU und FDP), die Diäten seiner Mitglieder auf einen Schlag gewaltig zu erhöhen.² Mit Wirkung ab 1. Januar 2020 stockten die Abgeordneten ihre Entschädigung um 58 Prozent auf: von 3 944 Euro auf 6 250 Euro.³ Damit steigerten sie automatisch auch ihre Versorgung (Übergangsgeld, Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung) um denselben Prozentsatz,⁴ und dies geschah auch noch mit Rückwirkung.⁵ Zugleich lehnte das Abgeordnetenhaus eine Verkleinerung des durch Überhang- und Ausgleichsmandate auf 160 Mitglieder angeschwollenen Abgeordnetenhauses ab.⁶

Die Berliner Medien haben die Anhebung zwar kritisiert, ohne aber – angesichts der Kürze der Zeit, der Kompliziertheit der Materie, der Fülle an nationalen und internationalen Problemen und der gezielten Undurchschaubarkeit des Gesetzes – die besonders problematischen Punkte der ungeheuren Selbstbedienung in allen Details zu durch-